

Anton Sterbling

EU-Osterweiterung

Gesellschaftliche Veränderungen und Auswirkungen auf die Polizei

Mit dem ablehnenden Ergebnis, zu dem die Volksbefragungen über die Europäische Verfassung in Frankreich und in den Niederlande führten, ist das ›Projekt Europa¹ in eine schwierige Situation geraten.

Die Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedstaaten, ob sie nun den Ratifizierungsprozess fortsetzen oder ob sie ihn abbrechen wollen, stehen ziemlich ratlos vor den Trümmern ihrer seit dem Maastrichter Vertrag eifrig betriebenen Bastelarbeit, ihrer visionären Entwürfe und Wolkenkuckucksheime und ihrer bodenlosen Erweiterungspolitik. In Maastricht waren wir 1992 noch zwölf, heute sind wir 25 Mitgliedstaaten. Aber immer noch gilt in fast allen wichtigen Fragen die Einstimmigkeitsregel, die schon zu zwölf nicht mehr gut funktioniert hat.²

So beschrieb Altbundeskanzler Helmut Schmidt kürzlich einen Kernpunkt des gegebenen Dilemmas. Bei der Ablehnung der EU-Verfassung in Frankreich und in den Niederlanden wirkten viele, unterschiedlich gelagerte Motive und Faktoren zusammen. »Der wichtigste gemeinsame Urgrund sind Abneigung gegen und Ängste vor Neuerungen, deren Folgen man nicht sehen kann«, wird wohl zutreffend festgestellt.³ Eine ›Denkpause‹ erscheint den führenden Politikern daher angeraten.

Nun bedeutet die gegenwärtige, zweifellos kritische Situation noch keineswegs, daß der begonnene Europäisierungsprozess am Ende ist, noch wahrscheinlich, daß es sich um die letzte schwierige Krise handelt, die dieser komplexe Vorgang erfährt, zumal sich weitere schwerwiegende Probleme bereits deutlich abzeichnen. Daher ist es umso wichtiger, den in

¹ Siehe auch: Wagner, Gerhard: *Projekt Europa. Die Konstruktion europäischer Identität zwischen Nationalismus und Weltgesellschaft*. Berlin, Hamburg 2005.

² Siehe: Schmidt, Helmut: *Wir brauchen Mut. Europa hat viele Schwächen, aber am Ende ist es keineswegs*. In: *Die Zeit*, Nr. 24, vom 9. Juni 2005, S. 1-2, hier S. 1.

³ Ebd.

Gang befindlichen, komplizierten europäischen Gesamtprozess im Hinblick auf seine Voraussetzungen, Verlaufsdynamik und Folgewirkungen realistisch und gründlich zu analysieren, um den wohl notwendigen Lernvorgängen und Korrekturen eine möglichst tragfähige Grundlage zu verschaffen.

Dies soll im Folgenden zumindest ansatzweise geschehen, indem einige aus soziologischer Sicht sich aufdrängende Fragen und Probleme aufgegriffen und erörtert werden. Dabei sollen insbesondere Problemkonturen markiert werden, eingehendere Analysen können nur punktuell erfolgen.

Zunächst möchte ich auf das Dilemma eines fortschreitenden europäischen Erweiterungsprozesses eingehen, daß darin liegt, daß die Probleme, die mit der Erweiterung gelöst werden sollen – räumlich verlagert – zugleich immer wieder neu hervorgerufen werden, so daß eine endgültige Festlegungen der ›Grenzen Europas‹ einerseits wünschenswert und notwendig, andererseits aber schwer durchführbar, wenn nicht gar unmöglich erscheint.⁴

Sodann soll die Problematik des Institutionenwandels, insbesondere in den Gesellschaften Ost-, Ostmittel- und Südosteuropas behandelt werden, wobei sich auf diesem Gebiet die grundlegenden Modernisierungsprobleme nach dem Ende der kommunistischen Herrschaft und die Anpassungsprobleme an die EU-Kriterien kompliziert miteinander verschränkt darstellen.

Ein anderes Problemfeld, das noch weitgehend unteranalysiert erscheint, ist das der fortschreitenden regionalen Disparitäten und sozialstrukturellen Verwerfungen, wobei es nicht nur die Dynamik entsprechender Veränderungen in den östlichen Gesellschaften Europas, sondern auch deren Folgeprobleme und Rückwirkungen auf den gesamten europäischen Sozialraum zu beachten gilt. Eng damit verbunden sind heute schon massiv in Erscheinung tretende, in den nächsten Jahren wahrscheinlich noch weiter zunehmende Migrationsprozesse, deren Auswirkungen und Folgen sich

⁴ Siehe zu Folgendem auch: Sterbling, Anton: *Die EU-Erweiterung. Folgeprobleme und Rückwirkungen*. In: Sterbling, Anton (Hrsg.): *Am Scheideweg? Beiträge zur Weiterentwicklung der Polizeiausbildung und zu Präventionsanliegen*. Rothenburger Beiträge. Schriftenreihe der Fachhochschule für Polizei Sachsen, Bd. 18, Rothenburg/Oberlausitz 2004, S. 151–163, Sterbling, Anton: *Südosteuropa und die EU-Erweiterung. Aussichten, Probleme, Rückwirkungen aus soziologischer Sicht*. In: *Südosteuropa-Mitteilungen*, 44. Jg., Heft 5, München 2004, S. 46–60.

gegenwärtig allenfalls in groben Konturen erkennen lassen. Auch darauf soll – in aller gebotenen Kürze – eingegangen werden.

Ebenso sollen vor dem angedeuteten Hintergrund überkommene und aktuelle Fragen der kollektiven Identität angesprochen werden.⁵

Ein nächster Problemaspekt, der aufgegriffen werden soll, betrifft die Entwicklung des subjektiven Sicherheitsgefühl in der Folge der EU-Erweiterung. Dazu liegen uns aus einer Bevölkerungsbefragung, die im Spätherbst 2004 in der Granzstadt Görlitz durchgeführt wurde,⁶ aufschlussreiche Ergebnisse vor. Schließlich sollen die Ausführungen mit einigen Anmerkungen zu den Auswirkungen der EU-Erweiterung auf die Polizeiarbeit abgerundet werden.

Das Grenzen-Dilemma der europäischen Erweiterung

Am 1. Mai 2004 sind bekanntlich zehn neue Mitglieder, davon acht ost-, ostmittel- oder südosteuropäische Länder, in die Europäische Union aufgenommen worden; Rumänien und Bulgarien. Kroatien hat im Februar 2003 den ›Kandidatenstatus‹ beantragt und am 20. April 2004 die Option zur Aufnahme von Mitgliedschaftsverhandlungen erreicht.⁷ Mit Mazedonien wurde ein Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen geschlossen, das einen Beitrittsantrag ermöglicht.⁸ Serbien und Montenegro, Bosnien-Herzegowina wie auch Albanien und ebenso andere Länder Osteuropas wie die Ukraine oder die Republik Moldau oder gar Weißrussland und die Russische Föderation haben indes kaum zeitnahe Perspektiven oder überhaupt Aussichten auf eine EU-Mitgliedschaft oder streben eine solche zur Zeit auch gar nicht an.

⁵ Siehe dazu auch Sterbling, Anton: *Aktuelle Identitätsprobleme in Südosteuropa*. In: *Südosteuropa-Mitteilungen*, 45. Jg., Heft 2, München 2005, S. 60–15.

⁶ Siehe: Sterbling, Anton, Burgheim, Joachim: *Sicherheit und Lebensqualität in Görlitz. Ergebnisse empirischer Untersuchungen. Kultur-, bildungs- und sozialwissenschaftliche Schriften der Fachhochschule für Polizei Sachsen*, Bd. 2, Rothenburg/Oberlausitz 2005.

⁷ Siehe: Oschlies, Wolf: *Kroatiens ›europäische Perspektive: ökonomisch und politisch zweifelhaft. Sozialpolitisches Porträt nach dem positiven EU-Avis*. In: *Südosteuropa Mitteilungen*, 44. Jg., Heft 2-3, München 2004, S. 28–47.

⁸ Siehe auch: Meurs, Wim van: *Den Balkan integrieren. Die europäische Perspektive der Region nach 2004*. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*. B 10-11, Bonn 2003, S. 34–39, hier S. 34.

Die Gründe der Ungleichzeitigkeit der Integration in die EU liegen teilweise in unterschiedlichen Verläufen der Modernisierungsvorgänge nach dem Ende der kommunistischen Alleinherrschaft und in entsprechenden Unterschieden bei der Erfüllung oder Annäherung an die EU-Aufnahmekriterien, sie gehen zum Teil aber auch auf konfliktreiche und folgenschwere Auseinandersetzungen, die nicht zuletzt den staatlichen Zerfall Jugoslawiens und der Sowjetunion begleiteten, aber auch in anderen südosteuropäischen Gesellschaften zumindest zeitweilig in Erscheinung traten,⁹ zurück.

Die EU-Erweiterung, aber auch der unterschiedliche Stand der Annäherung einzelner ost- und südosteuropäischer Gesellschaften an die Europäische Union schaffen bereits gegenwärtig – und voraussichtlich noch massiver in den nächsten Jahren – komplizierte Lagen. Dies zumal sich neue Mobilitäts- und Zugangsschranken, ein mehrstufiges Wohlstandsgefälle, ungleiche Konkurrenzbeziehungen zwischen verschiedenen ost- und südosteuropäischen Staaten wie auch spezifische Spannungen und Möglichkeiten in einzelnen Grenzregionen herausbilden.¹⁰ Der zeitlich gestaffelte Integrationsvorgang ist zwar unvermeidbar und sinnvoll. Er ermöglicht den einzelnen Staaten eigene, an den definierten Aufnahmekriterien wie auch den jeweils gegebenen Ausgangsvoraussetzungen ausgerichtete Anpassungsschritte vorzunehmen, und er erlaubt den heutigen und zukünftigen EU-Staaten selbst auch, die Aus- und Rückwirkungen der Integration leichter zu verarbeiten, aus den Prozessverläufen zu lernen wie auch die Integrationsstrategien unter Umständen zu korrigieren.¹¹

⁹ Soziale und interethnische Unruhen oder bürgerkriegsähnliche Auseinandersetzungen hat es in den neunziger Jahren auch in anderen südosteuropäischen Ländern wie Albanien, Rumänien und Bulgarien gegeben. Diese haben den Demokratisierungsprozess und die Modernisierungsvorgänge insgesamt zeitweilig stark belastet. Siehe: Sterbling, Anton: *Kontinuität und Wandel in Rumänien und Südosteuropa. Historisch-soziologische Analysen*. München 1997.

¹⁰ So gehört das historische Banat teilweise dem neuen EU-Mitglied Ungarn, dem wahrscheinlich 2007 in die EU aufgenommenen Rumänien wie auch Serbien, das allenfalls langfristige Aussichten auf eine EU-Mitgliedschaft hat, an, wobei dies spezifische Spannungen, aber auch regionale Entwicklungsmöglichkeiten schafft. Siehe auch: Sterbling, Anton: *Kultur in Grenzräumen*. Rothenburger Beiträge. Schriftenreihe der Fachhochschule für Polizei Sachsen, Bd. 10, Rothenburg/Oberl. 2001, insb. S. 25 ff.

¹¹ Siehe dazu auch: Knogler, Michael, Vincentz, Volkhart: *Die nächste Runde der EU-Erweiterung: Balkanländer und ökonomische Beitrittskriterien*. In: *Südosteuropa Mitteilungen*, 44. Jg., Heft 2–3, München 2004, S. 6–27.

Der schrittweise erfolgende Prozess der EU-Erweiterung und insbesondere die unklaren Perspektiven für eine Reihe ost- und südosteuropäischer Länder führt aber zugleich zu neuen Problemen. Insbesondere der längerfristige oder gar dauerhafte Ausschluss einzelner ost- und südosteuropäischer Gesellschaften aus der Europäischen Union schafft und verfestigt nicht nur neue, problematische Grenzen in Europa, sondern kann auch die Dynamik der nahezu überall seit dem Ende der kommunistischen Alleinherrschaft in Gang gekommenen Modernisierungsprozesse – insbesondere die Demokratisierungsbemühungen, die marktwirtschaftlichen Transformationsvorgänge und die rechtsstaatlichen Entwicklungen – negativ beeinflussen oder sogar umkehren.

Damit wird gleichsam ein ›Dilemma‹ der EU-Erweiterung deutlich: die Eingliederung neuer Staaten und ihrer Bevölkerungen schafft zugleich neue Außengrenzen und Ausgeschlossene, wobei die neuen Grenzen gerade auf dem Balkan mitunter alte gemeinsame Kultur-, Sozial- und Wirtschaftsräume wie auch ethnische Siedlungsgebiete aufspalten. Dauerhafte neue Grenzen bedeutet aber zugleich ein sich verfestigendes Wohlstandsgefälle und mithin fortbestehende Anreize zur illegalen Migration, zu Menschenschleusungen, zur Wirtschaftskriminalität, zu Schmuggel usw. Daher muss der aus guten Gründen schrittweise gestaltete Aufnahme- und Integrationsprozess zugleich ein Vorgang mit offenen, verhandelbaren Perspektiven für alle ost- und südosteuropäischen Gesellschaften, die ein entsprechendes Aufnahmebestreben in die EU erkennen lassen, bleiben. Einen besonders gelagerten Fall, auf den wir hier nicht näher eingehen wollen, bilden die Beitrittsaspirationen der Türkei.¹²

Schwieriger Institutionenwandel im östlichen Teil Europas

In Sinne der in der Denktradition Max Webers stehenden ›historischen Modernisierungstheorie‹¹³ gehe ich zunächst davon aus, daß dem Institutionenwandel – dem Umbau von Institutionen und insbesondere der

¹² Siehe dazu auch: *Südosteuropa Mitteilungen. Schwerpunkt Türkei*, 44. Jg., Heft 1, München 2004.

¹³ Siehe hierzu auch: Sterbling, Anton: *Historische Modernisierungstheorien und die gegenwärtigen Probleme des Institutionenwandels in Ost- und Südosteuropa*. In: Müller, Klaus (Hrsg.): *Postsozialistische Krisen. Theoretische Ansätze und empirische Befunde*. Opladen 1998, S. 53–87.

Veränderung von »institutionellen Arrangements« und institutionellen Ordnungen – eine entscheidende, eine historisch »weichenstellende« Bedeutung für den Verlauf von Entwicklungs- und Modernisierungsprozessen zukommt.¹⁴ Der »Systemwechsel«, der nach 1989 in Ostmittel-, Ost- und Südosteuropa einsetzte, geht auch und vor allem mit einem weitreichenden *Wandel der Institutionensysteme* in den einzelnen Gesellschaften einher, hat darin einen wesentlichen Ansatzpunkt und Entfaltungsbereich. Der Erfolg oder Misserfolg der angestrebten Modernisierung wird daher im Einzelfall maßgeblich von der eingeschlagenen Richtung, vom Verlauf und vom Gelingen des Institutionenwandels abhängen.

War der Institutionenwandel in Ostmittel-, Ost- und Südosteuropa bereits Anfang der neunziger in vielen – nicht in allen Fällen – sowie in vielen Bereichen – keineswegs in allen – in Richtung demokratischer, marktwirtschaftlicher, rechtsstaatlicher, zivilgesellschaftlicher und pluralistischer institutioneller Ordnungen in Gang gekommen, wobei vielfach eine Orientierung des institutionellen Umbaus an westlichen institutionellen Leitideen und Vorbildern sowie eine substantielle Unterstützung von dieser Seite erfolgte, so haben die Aussichten und Anforderungen der EU-Osterweiterung und nicht zuletzt der Katalog klar definierter institutioneller Anpassungskriterien diesen Prozess auch in relativ wandlungsresistenten Bereichen wie dem Gesundheits- und Bildungswesen, der Polizei, dem Militär usw. vorangebracht und beschleunigt.¹⁵ Dennoch – und vermutlich auch deshalb – sind gravierende Schwierigkeiten des Institutionenwandels unübersehbar, wobei ich im Folgenden nur ganz allgemeine, keine länder- oder bereichsspezifische Probleme knapp ansprechen möchte.¹⁶

¹⁴ Siehe dazu ausführlicher: Sterbling, Anton: *Der modernisierungstheoretische Ansatz im Überblick*. In: Sterbling, Anton: *Modernisierung und soziologisches Denken. Analysen und Betrachtungen*. Hamburg 1991, S.105–161. Auf Südosteuropa bezogen siehe auch: Sterbling, Anton: *Kontinuität und Wandel in Rumänien und Südosteuropa. Historisch-soziologische Analysen*. München 1997, Sterbling, Anton: *Eliten, Intellektuelle, Institutionenwandel. Untersuchungen zu Rumänien und Südosteuropa*. Hamburg 2001.

¹⁵ Siehe: Axt, Hans-Jürgen: *Vom Wiederaufbauhelfer zum Modernisierungsagenten. Die EU auf dem Balkan*. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament*, B 10-11, Bonn 2003, S. 18–26.

¹⁶ Konkreter zum politischen und wirtschaftlichen Institutionenwandel in Rumänien oder zum Wandel der Institutionen der sozialen Sicherung siehe zum Beispiel: Sterbling, Anton: *Gegenwärtige Modernisierungsprobleme und Entwicklungsaussichten*

Für die Übergangszeit des »Systemwechsels« ist charakteristisch, daß es – wie Klaus von Beyme¹⁷ feststellte – drei Typen von Institutionen zu berücksichtigen gilt, die jeweils eigene Probleme aufwerfen.

Erstens Institutionen, die in Organisationsstrukturen verankert sind, die den Systemwechsel weitgehend überstanden haben, zum Beispiel Bildungseinrichtungen, Hochschulen, Krankenhäuser, Gefängnisse, das Militär, die Polizei usw. Bei diesen Einrichtungen steht die Problematik im Mittelpunkt, neue institutionelle Prinzipien und Leitideen – notfalls auch gegen verständliche Vorbehalte und Eigeninteressen der in diesen Organisationen tätigen Akteure¹⁸ – verbindlich durchzusetzen. Neben Fragen der Akzeptanz und der Aufgeschlossenheit stellt sich – unter der Bedingung einer mehr oder weniger weitgehend personellen Kontinuität in den jeweiligen Einrichtungen – natürlich auch die Frage der Anpassungsfähigkeit und der Kompetenz der Akteure, unter weitgehend veränderten institutionellen Rationalitätsprinzipien und normativen Leitvorstellungen effektiv und erfolgreich zu handeln. Es geht also gleichermaßen um Motivations- und Einstellungs- wie um Interessen- und Kompetenzaspekte der Anpassung, wobei diese Vorgänge zugleich von übergreifenden sozialstrukturellen Gegebenheiten und kulturellen Mentalitätsformen mitbestimmt werden.¹⁹

Rumäniens. Publikationsreihe Forum, Michael Zikic-Stiftung Bonn 2003, Gabanyi, Anneli Ute, Sterbling, Anton (Hrsg.): *Sozialstruktureller Wandel, soziale Probleme und soziale Sicherung in Südosteuropa.* München 2000.

¹⁷ Siehe dazu: Beyme, Klaus von: *Systemwechsel in Osteuropa.* Frankfurt am Main 1994, insb. S. 230f.

¹⁸ In etwas abgeschwächter Form trifft dies bis heute auch auf verschiedene institutionelle Bereiche in den neuen Bundesländern zu, wobei die Besonderheiten in diesem Falle darin zu sehen sind, daß die institutionelle Neuordnung mit dem Beitritt zur Bundesrepublik Deutschland rasch bzw. gleichsam in einem Schritt erfolgte und daß – insbesondere in der Führungspositionen, aber auch auf anderen Ebenen – ein ‚Import‘ von mit den neuen institutionellen Prinzipien und Leitvorstellungen bereits vertrauten Akteuren erfolgen konnte. Letzteres war in den ostmittel-, ost- und südosteuropäischen Staaten – von wenigen Rückkehrern aus dem Westen oder in westlichen Staaten aus- und fortgebildeten Personen einmal abgesehen – natürlich nicht der Fall. Ganz im Gegenteil, Staaten wie Rumänien und Bulgarien haben in den neunziger Jahren und bis heute einen erheblichen Teil hochqualifizierten Humankapitals – also ein wichtiges Potential im Hinblick auf die erfolgreiche Bewältigung des Institutionenwandels – durch Migration in den Westen verloren.

¹⁹ Siehe dazu auch: Sterbling, Anton: *Institutionenanalyse und Institutionenwandel in Südosteuropa.* a.a.O., S. 13–35, insb. S. 32f.

Ein *zweiter* Typ von Institutionen, sind jene, die erst mit dem Systemwechsel entstanden bzw. wiederhergestellt worden sind, zum Beispiel Privatbanken, private Unternehmen, unabhängige Vereine und Parteien, zivilgesellschaftliche Institutionen usw. Auch bei ihnen stellt sich, mangels entsprechender Erfahrungen und erlebter Vorbilder, die Frage der Handlungskompetenz maßgeblicher institutioneller Akteure²⁰ und mithin auch die Frage der Funktions- und Leistungsfähigkeit, die sie zu ihrer Legitimation auf Dauer benötigen.

Ein *dritter* Typ von Institutionen, der durchaus relevant erscheint, bilden die im Zuge des Systemwechsels verschwundenen Institutionen, wie etwa Planungskommissionen, Jugendverbände oder kommunale Kulturhäuser. Ihre Problematik liegt vornehmlich darin, daß sie »Institutionenlücken« hinterlassen haben, für die keineswegs immer adäquate funktionale Äquivalente zur Verfügung stehen.

Der Modernisierungsverlauf und die Modernisierungsschritte einer Gesellschaft hängen zwar weitgehend von der Funktionsfähigkeit und den spezifischen Leistungen der Institutionen in einzelnen gesellschaftlichen Teilbereichen, etwa der Politik, der Verwaltung, der Wirtschaft, der Wissenschaft usw. ab, aber wohl mehr noch – wie Lepsius im Anschluss an grundlegende Überlegungen Max Webers herausarbeitete – von der Gestaltung interinstitutioneller Beziehungen und der Regelung interinstitutioneller Konflikte,²¹ zumal dies letztlich die gesamte institutionelle Ordnung differenzierter Gesellschaften prägt. Die institutionelle Ord-

²⁰ So wird im Hinblick auf die 1991 entstandene kroatische Nationalbank (HNB) festgestellt: »Die HNB hatte von Beginn einen Mangel an entsprechend ausgebildetem Personal und war durch die alten Verbindungen zum SJK (Bund der Kommunisten Jugoslawiens) stark politisiert. Die Fachkräfte und Spezialisten, die schon in der JNB (Jugoslawischen Republiknotenbank) dienten, wurden größtenteils übernommen. Es ist naheliegend, daß die meisten dieser Fachleute nicht in der Lage waren, die Arbeit einer nach westlichen Kriterien unabhängigen Notenbank zu praktizieren.« Siehe: König, Michael: *Schlechte Kredite, schlechte Eigentümer, schlechte Aussichten? Entstehung, Entwicklung und Krise des kroatischen Bankensystems*. In: *Südosteuropa Mitteilungen*, 41. Jg., München 2001, S. 199–212, vgl. S. 202. Man könnte zur Illustration viele ähnliche Beispielen in anderen institutionellen Bereichen bzw. anderen südosteuropäischen Staaten finden.

²¹ Siehe dazu grundlegend: Lepsius, M. Rainer: *Interessen, Ideen und Institutionen*. Opladen 1990, Lepsius, M. Rainer: *Institutionenanalyse und Institutionenpolitik*. In: Nadelmann, Birgitta (Hrsg.): *Politische Institutionen im Wandel*. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 35, Opladen 1995, S. 392–403.

nung vieler ost- und südosteuropäischer Gesellschaften stellt sich auch heute noch – bildhaft gesprochen – als ein nebeneinander von im Umbau begriffenen »Institutionenruinen«,²² noch unzureichend verankerten, also ›luftig‹ gebauten, ›neuen Institutionen‹ und mitunter Nostalgiegefühle erweckenden »Instiutionenlücken« dar. Massive interinstitutionelle Friktionen und Anpassungsprobleme bestimmen mithin das Bild, wobei dies durch die Notwendigkeit rascher Anpassungen an die EU-Kriterien fallweise noch verschärft wurde.

Hinzu kommt, daß in den einzelnen institutionellen Bereichen die Umstellungs- und Anpassungskosten zunächst hoch sind und die funktionale Leistungsfähigkeit – und damit auch der erkannte gesellschaftliche Nutzen – nicht selten geringer als erwartet erscheint. Dies führt nicht selten zu einer weit verbreiteten kritischen Wahrnehmung der neuen Institutionen, und kann auf Dauer zu einer schwerwiegenden Belastung der angestrebten Modernisierungsprozesse werden. Ebenso können bei längerfristig defizitären institutionellen Leistungen massive Legitimitätsprobleme der den Systemwechsel tragenden politischen Kräfte entstehen und um sich greifen.

Bevölkerungsumfragen, in die auch einzelne ost- und südosteuropäische Staaten einbezogen wurden, zeigen – insbesondere auch im Vergleich zu westlichen Gesellschaften –, daß in vielen östlichen Ländern die Prinzipien der Demokratie und Freiheit zwar breite Akzeptanz finden, daß die entsprechenden *realen* Institutionen, insbesondere Parteien und Parlamente, in ihrem Funktionieren oder gar die Akteure (Politiker, Parlamentarier) in Ihrem Handeln weit ungünstiger beurteilt werden, wie auch, daß die ›kapitalistische‹ Marktwirtschaft noch auf deutliche Skepsis oder Ablehnung in den Bevölkerungen südosteuropäischer Gesellschaften stößt.²³ Die in Gang befindliche europäische Integration und die damit

²² Siehe auch: Nedelmann, Birgitta (Hrsg.): *Politische Institutionen im Wandel*. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 35, Opladen 1995.

²³ Im Jahre 2000 stimmten der Idee der Demokratie in Bulgarien 63 %, in Ungarn 71 %, in Rumänien 81 % und in Albanien 91 % der Bevölkerung, in Westdeutschland 97 %, in Ostdeutschland 94 % und in Spanien 95 % zu. Die ›Demokratieperformance‹, also das tatsächliche Funktionieren der Demokratie, erhielt indes in Bulgarien nur von 19 %, in Ungarn von 31 %, in Rumänien von 11 % und in Albanien von 35 % der Bevölkerung eine zustimmende Bewertung, während die entsprechenden Anteile in Westdeutschland bei 65 %, in Ostdeutschland bei 49 % und in Spanien bei 57 %

verbundenen Wohlstandshoffnungen breiter Bevölkerungsgruppen in Ostmittel-, Ost- und Südosteuropa stützen und legitimieren teilweise den schwierigen Prozess des Institutionenwandels und gleichsam auch die diesen voranbringenden Trägergruppen in ihren Modernisierungs- und Europäisierungsbestrebungen. Für die Europa zugewandten Eliten und die von ihnen eingeschlagene Richtung des Institutionenwandels ist der Gesamtvergang indes auch mit erheblichen Risiken verbunden, insbesondere wenn die damit zusammenhängenden Wohlstandserwartungen mittelfristig enttäuscht werden sollten, sei es, daß sich die Aufnahme einzelner Länder in die EU länger hinzieht als erhofft, sei es, daß die Aufnahmebedingungen so gestaltet sind, daß sie als ungerecht oder wenig attraktiv empfunden werden, sei es, daß auf Grund allgemeiner Gegebenheiten und Entwicklungen substantielle Wohlstandsfortschritte tatsächlich ausbleiben.

Die Risiken liegen nicht zuletzt auch darin begründet – und auf diesen Gesichtspunkt wird später noch einzugehen sein –, daß es in den meisten Ländern Ost- und Südosteuropas politisch durchaus mächtige und kulturell einflussreiche Elitengruppen gibt, die dem starken Einfluss westlicher kultureller Ideen und institutioneller Ordnungsmuster in ihren Gesellschaften skeptisch oder sogar ablehnend gegenüberstehen und die stattdessen eine stärkere Berücksichtigung nationaler Anliegen und Interessen wie auch ein konsequenteres Festhalten an nationalkulturellen Traditionen, Werten und Wissensbeständen fordern. Mit dieser geistigen Grundhaltung finden sie durchaus Resonanz in breiteren Bevölkerungskreisen,²⁴ und die weitere Ausbreitung einer entsprechenden, nationalistisch getönten Grundstimmung dürfte umso eher zu erwarten sein, wenn

lagen. Die Idee der Marktwirtschaft fand in Westdeutschland bei 69 %, in Ostdeutschland und Spanien bei 41 %, hingegen in Bulgarien bei 34 %, in Ungarn nur bei 14 %, in Rumänien nur bei 30 % eine zustimmende Bewertung, während die Albaner zu 64 % der Idee der Marktwirtschaft zustimmten. Siehe: Pickel, Gert: *Jedes Land ist anders? Kulturelle Transformationen im osteuropäischen Vergleich*. In: Beetz, Stephan, Jacob, Ulf, Sterbling, Anton (Hrsg.): *Soziologie über die Grenzen – Europäische Perspektiven*. Hamburg 2003, S. 205–230, vgl. S. 217.

²⁴ Siehe: Sterbling, Anton: *›Kritik als Beruf‹ oder das ›Dauerdilemma‹ der Intellektuellen ›zwischen Ost und West‹*. In: Sterbling, Anton, Zipprian, Heinz (Hrsg.): *Max Weber und Osteuropa*. Hamburg 1997 (S. 205-227), Sterbling, Anton: *Elitentheoretische Zugänge und Elitenwandel in Südosteuropa*. In: Sterbling, Anton (Hrsg.): *Eliten, Intellektuelle, Institutionenwandel. Untersuchungen zu Rumänien und Südosteuropa*. Hamburg 2001, S. 37–51.

die in die EU gesetzten Wohlstandserwartungen weitgehend enttäuscht würden. Ein Misserfolg der EU-Osterweiterung hätte daher sowohl problematische Auswirkungen auf die gegenwärtig in nahezu allen ost- und südosteuropäischen Staaten in Gang befindlichen Demokratisierungsprozesse wie auch erhebliche Rückwirkungen auf die Europäische Union und ihr neues, sich gerade erst schwierig herausbildendes gesamteuropäisches Selbstverständnis,²⁵ das ohnehin durch die kürzlich erfolgte Ablehnung der EU-Verfassung in zwei Gründungs- und Kernstaaten empfindlich berührt wurde.

Eine andere Rückwirkung des schwierigen Institutionenwandels in Ost- und Südosteuropa auf die EU erscheint mir – insbesondere im Falle einer weiteren raschen Integration einer Mehrzahl südosteuropäischer Länder – ebenso bedenkenswert. Wie bereits angedeutet, lässt der Prozess des Institutionenwandels in Ostmittel-, Ost- und Südosteuropa vielfältige, aus soziologischer Sicht durchaus erklärbare Probleme, Deformationen und Verzögerungen erkennen, die nicht zuletzt in der unbefriedigenden Funktions- und Leistungsfähigkeit neuer Institutionen wie auch in der Akzeptanzproblematik und in der Kompatibilität ›westlicher‹ Institutionen mit den historisch überkommenen sozialstrukturellen und kulturellen Gegebenheiten dieser Gesellschaften liegen. Erfolgt die Integration in die EU indes zum Zeitpunkt eines noch weitgehend un abgeschlossenen und zudem innergesellschaftlich tief umstrittenen Institutionenwandels, so dürfte dies zu einem noch deutlicheren Auseinanderfallen von institutionellen Leitbildern einerseits und institutioneller Wirklichkeit andererseits – zum Beispiel von Rechtsregelungen, Rechtskultur und Rechtswirklichkeit – führen, ein Phänomen, das bereits mit der Süderweiterung der EU konstatiert wurde und das mit einer ohnehin gegebenen Vertrauenskrise im Hinblick auf viele Institutionen zusammenfällt.²⁶ Dies stellt jedenfalls eine

²⁵ Siehe dazu auch: Srubar, Ilja: ›Kampf der Kulturen‹ und die EU-Osterweiterung. In: Beetz, Stephan, Jacob, Ulf, Sterbling, Anton (Hrsg.): Soziologie über die Grenzen – Europäische Perspektiven. Hamburg 2003, S. 327-340.

²⁶ Siehe dazu auch: Nedelmann, Birgitta (Hrsg.): *Politische Institutionen im Wandel*. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 35, Opladen 1995, Lepsius, M. Rainer: *Vertrauen zu Institutionen*. In: Hradil, Stefan (Hrsg.): *Differenz und Integration. Die Zukunft moderner Gesellschaften*. Verhandlungen des 28. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Dresden 1996. Frankfurt am Main, New York 1997, S. 283–293, Lepsius, M. Rainer: *Die ›Moral‹ der Institutionen*. In:

weitere Anpassungsherausforderung und gleichsam natürlich eine Innovationschance bewährter Institutionen dar, erscheint aber durchaus auch mit der Gefahr fortschreitender institutioneller Destabilisierungen und Erosionen verbunden. Dabei müsste allerdings gleichzeitig berücksichtigt werden, daß eine tiefgreifende Veränderung der institutionellen Arrangements und Ordnungen in westeuropäischen Gesellschaften – denkt man an die tiefe Krise mancher Parteiensysteme in den letzten Jahren, aber auch an den Umbau sozial- und wohlfahrtsstaatlicher Institutionen – schon seit längerem und gleichsam unaufhaltbar in Gang gekommen ist,²⁷ wobei diese Vorgängen von den Rückwirkungen europäischer und globaler Prozesse allerdings vielfach durchdrungen und überlagert werden.

Soziale Probleme und sozialstrukturelle Entwicklungen

Die unter den Zielsetzungen marktwirtschaftlicher Transformationen und der Privatisierung des Staatseigentums in den einzelnen südosteuropäischen Gesellschaften mehr oder weniger konsequent verfolgten wirtschaftlichen Modernisierungsprozesse führten in den meisten Fällen zunächst zu erheblichen Rückgängen der wirtschaftlichen Wertschöpfung (insbesondere des Bruttoinlandsproduktes), zu weitreichenden Deindustrialisierungsvorgängen, zu massiven Geldentwertungen und Destabilisierungsercheinungen der staatlichen Haushalte sowie zu um sich greifender Arbeitslosigkeit, als einem neuen und noch relativ unvertrauten Phänomen, einher.²⁸

Gerhards, Jürgen, Hitzler, Ronald (Hrsg.): *Eigenwilligkeit und Rationalität sozialer Prozesse*. Wiesbaden 1999, S. 113–126, Lepsius, M. Rainer: *Institutionelle Entkopplung, europäische Integration und Identitätsbildung*. In: Allmendinger, Jutta (Hrsg.): *Entstaatlichung und soziale Sicherheit*. Verhandlungen des 31. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Leipzig 2002, Teil 1, Opladen 2003, S. 516–522.

²⁷ Siehe: Streeck, Wolfgang (Hrsg.): *Internationale Wirtschaft, nationale Demokratie*. Frankfurt am Main, New York 1998, Klages, Helmut: *Herausforderungen des Menschen durch den gesellschaftlichen Wandel – eine konkretisierende Betrachtung*. In: Beetz, Stephan, Jacob, Uwe, Sterbling, Anton (Hrsg.): *Soziologie über die Grenzen – Europäische Perspektiven*. Hamburg 2003, S. 39–52.

²⁸ Siehe.: Weidenfeld, Werner (Hrsg.): *Mittel- und Osteuropa auf dem Weg in die Europäische Union. Bericht zum Stand der Integrationsfähigkeit 1996*. Gütersloh 1996, Sterbling, Anton: *Der soziale Umbau in den osteuropäischen Transformationsländern und seine Auswirkungen auf den Wirtschaftsstandort Deutschland*. In: Eckart, Karl, Paraskewopoulos, Spiridon (Hrsg.): *Der Wirtschaftsstandort Deutschland*. Berlin 1997,

Hinzu kam in vielen Fällen eine relativ hohe Auslandsverschuldung²⁹ und eine erhebliche technologische Rückständigkeit gegenüber westlichen Gesellschaften die – ebenso wie die anderen wirtschaftlichen Erscheinungen – hauptsächlich Hinterlassenschaften und Folgeprobleme einer tiefen Krise der sozialistischen Wirtschaftssysteme waren, aber auch in langfristigen wirtschaftlichen Entwicklungsproblemen ost- und südosteuropäischer Gesellschaften wie auch in Fehlern des Übergangs – z.B. in lange verzögerten Strukturreformen und Entstaatlichungsprozessen wie auch in fragwürdigen Privatisierungsvorgängen – begründet erscheinen.

Die nachwirkende wirtschaftliche Modernisierungskrise führte überall zu mehr oder weniger schwerwiegenden, bis heute fortdauernden und sich teilweise sogar verschärfenden sozialen Problemen und sozialstrukturellen Verwerfungen. Diese treten u.a. in einer Überlastung der den neuen wirtschaftlichen Verhältnissen nur schlecht angepassten sozialen Sicherungssysteme, in weit verbreiteten Phänomenen der Armut und insbesondere der Altersarmut, in massiven Verwahrlosungserscheinungen bei Kindern und Jugendlichen, in hohen Kriminalitätsraten und anderen sozialen Anomieanzeichen in Erscheinung.³⁰ Ebenso in einer raschen Ausdifferenzie-

S. 137–158, Genov, Nikolai: *Managing Transformations in Eastern Europe*. Paris, Sofia 1999, Benz, Benjamin, Boeckh, Jürgen, Huster, Ernst-Ulrich: *Sozialraum Europa. Ökonomische und politische Transformation in Ost und West*. Opladen 2000, Delhey, Jan: *Osteuropa zwischen Marx und Markt. Soziale Ungleichheit und soziales Bewußtsein nach dem Kommunismus*. Hamburg 2001, European Commission (Hrsg.): *Statistical Yearbook on Candidate and South-East European Countries. Data 1996–2000*, Luxembourg 2002.

²⁹ Lediglich Rumänien und Albanien hatten Anfang 1990 – auf Grund einer Austeritätspolitik bzw. isolationistischen Politik des kommunistischen Regimes – eine relativ geringe Auslandsverschuldung, während diese bereits 1981 im Falle Ungarns rund 7,8 Milliarden US-Dollar, im Falle Bulgariens 2,2 Milliarden US-Dollar und im Falle Jugoslawiens sogar 16,7 Milliarden US-Dollar betrug und in den achtziger noch weiter anstieg. Siehe: Sterbling, Anton: *Strukturfragen und Modernisierungsprobleme südosteuropäischer Gesellschaften*. Hamburg 1993, insb. S. 218ff.

³⁰ Siehe z.B.: Glatzer, Wolfgang (Hrsg.): *Lebensverhältnisse in Osteuropa. Prekäre Entwicklungen und neue Konturen*. Frankfurt am Main, New York 1996, Spéder, Zsolt (Hrsg.): *Hungary in Flux. Society, Politics and Transformation*. Hamburg 1999, Gabanyi, Anneli Ute, Sterbling, Anton (Hrsg.): *Sozialstruktureller Wandel, soziale Probleme und soziale Sicherung in Südosteuropa*. München 2000, Benz, Benjamin, Boeckh, Jürgen, Huster, Ernst-Ulrich: *Sozialraum Europa. Ökonomische und politische Transformation in Ost und West*. Opladen 2000, Sterbling, Anton: *Menschliches Zusammenleben und Anomie*. In: Hillmann, Karl-Heinz, Oesterdiekhoff, Georg W. (Hrsg.): *Die Verbesserung des*

rung der Vermögens- und Einkommenslagen und mithin in Tendenzen der Polarisierung der sozialen Lagen und Wohlstandsverhältnisse, in vielfältigen sozialen Abstiegsprozessen oder Abstiegsgefährdungen größerer Bevölkerungsgruppen – nicht zuletzt auch von älteren Personen mit mittlerer und höherer Bildungsabschlüssen in Mittelschichtlagen – sowie in zunehmenden regionalen Disparitäten. Begleitumstände dessen sind vielfach verschiedene Erscheinungsformen der Schattenwirtschaft³¹ und der Korruption sowie der organisierte Kriminalität, die zum Teil deutlich in die noch fragilen politischen und wirtschaftlichen Strukturen hineinreichen und hineinwirken.

Auf all dies kann hier nur stichwortartig hingewiesen, aber nicht im Einzelnen eingegangen werden. Es sei lediglich angemerkt, daß sich mit der EU-Osterweiterung in den einzelnen ostmittel-, ost- und südosteuropäischen Gesellschaften – wie bereits erwähnt – verbreitete, mehr oder weniger realistische Wohlstandserwartungen verbinden, wobei zugleich eine recht kritische subjektive Bewertung der jetzt gegebenen sozialen Ungleichheit vorliegt. So waren im Jahr 2000 in Ungarn 95,5 % der Ansicht, daß die Einkommensunterschiede in ihrer Gesellschaft zu hoch sind, 72,3 % meinten sogar, daß sie viel zu hoch seien. Nur 3 % der Befragten indes meinten, daß sie das bekämen, das ihnen »gerechterweise zusteht«. 77 % sehen die Regierung in der Verantwortung, »die Einkommensunterschiede zwischen Arm und Reich zu verringern«, lediglich 12 % sind der Auffassung, große Einkommensunterschiede seien für die Entwicklung Ungarns förderlich oder notwendig.³² Eine wesentliche Frage ist nun, ob und in welchem Maße die EU-Osterweiterung eine Verringerung oder aber eine Erhöhung des Wohlstandsgefälles zwischen westlichen und östlichen Gesellschaften bzw. innerhalb der ostmittel-, ost- und südosteuropä-

menschlichen Zusammenlebens. Eine Herausforderung für die Soziologie. Opladen 2003, S. 127–150.

³¹ Siehe hierzu: Neef, Rainer, Stănculescu, Manuela (Hrsg.): *The Social Impact of Informal Economies in Eastern Europe*. Aldershot 2002, Roth, Andrei: *Die Einheit der rumänischen Machtelite*. In: Beetz, Stephan, Jacob, Ulf, Sterbling, Anton (Hrsg.): *Soziologie über die Grenzen – Europäische Perspektiven*. Hamburg 2003, S. 253–274.

³² Siehe: Pickel, Susanne: *Ungarn auf dem Weg in die Europäische Union. Soziale Probleme und politisch-kulturelle Entwicklungen*. In: Beetz, Stephan, Jacob, Ulf, Sterbling, Anton (Hrsg.): *Soziologie über die Grenzen – Europäische Perspektiven*. Hamburg 2003, S. 197–325, vgl. S. 319. Siehe auch: Delhey, Jan: *Osteuropa zwischen Marx und Markt. Soziale Ungleichheit und soziales Bewußtsein nach dem Kommunismus*. Hamburg 2001.

ischen wie auch innerhalb der süd- und westeuropäischen Gesellschaften herbeiführen wird;³³ und welche Auswirkungen dies in dem einen oder anderen Falle vor dem eben angedeuteten Hintergrund weitreichender Wohlstandserwartungen in den einzelnen ostmittel-, ost- und südosteuropäischen Gesellschaften und einer zugleich recht kritischen Bewertung der jetzt gegebenen sozialen Ungleichheit und Verteilungsgerechtigkeit sowie der Marktwirtschaft überhaupt haben könnte.

Meine Vermutungen sind, daß sich nach den schrittweisen EU-Osterweiterungen zwar allmähliche Annäherungen der *durchschnittlichen* Wohlstandslagen im östlichen und westlichen Teil Europas ergeben dürften, ohne daß das Wohlstandsgefälle allerdings völlig verschwindet, daß die gesellschaftsinternen sozialen Ungleichheiten aber in den meisten ostmittel-, ost- und südosteuropäischen Gesellschaften wie auch in den süd- und westeuropäischen Gesellschaften *tendenziell zunehmen* werden, wobei die voraussichtlich steigende soziale Differenzierung in den westlichen Gesellschaften zum Teil als Rückwirkung der EU-Erweiterungen, zum größten Teil aber aus verschiedenen anderen internen und externen Gründen wie der Überlastung des Sozial- und Wohlfahrtsstaates, der Veränderung der Alterstruktur der Bevölkerungen, fortgesetzten Zuwanderungsprozessen, einem verschärftem Wettbewerb in Folge der Globalisierung usw., erfolgen wird.

Auf jeden Fall sind wachsende regionale Wohlstandsunterschiede in den ost-, ostmittel- und südosteuropäischen wie auch in den südeuropäischen und westeuropäischen Gesellschaften zu erwarten, auf die übrigens schon seit einiger Zeit hingewiesen wurde. So hat Gernot Erler zum Beispiel bereits im Jahre 2000 wohl realistisch darauf aufmerksam gemacht, daß die deutsche Wirtschaft insgesamt zwar zu den Hauptnutznießern der EU-Erweiterung zählen wird, daß allerdings auch negative regionale und sektorale ökonomische wie auch soziale Rückwirkungen der EU-Osterweiterung zu erwarten sind, von denen die ohnehin schon strukturschwachen Grenzregionen in Ostdeutschland besonders betroffen sein werden.³⁴ Wie weit diese regionalen Unterschiede mit fortgesetzten oder weiter zuneh-

³³ Siehe dazu auch: Heidenreich, Martin: *Territoriale Ungleichheiten in der erweiterten EU*. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 55. Jg., Opladen 2003, S. 1–28.

³⁴ Siehe auch: Erler, Gernot: *Osterweiterung: Stolpersteine auf Europas Weg in die Zukunft*. In: *Südosteuropa-Mitteilungen*, 40. Jg., München 2000, S. 99–103.

menden Arbeitsmigrationsprozessen einhergehen werden oder aber durch nationale und europäische Regional- und Strukturpolitik und eventuell auch durch neue Rahmenbedingungen für wirtschaftliche Standortentscheidungen kompensiert werden können, bleibt abzuwarten.

Ebenso stellt sich heute als weitgehend offene Frage, wie sich die zukünftigen Verteilungauseinandersetzungen vor diesem Hintergrund bündeln und strukturieren werden. Wird die europäische Gesamtsituation sich kompliziert überkreuzender, überschneidender und überlagernder Grundlinien der Verteilungs- und Interessenausensetzungen in Folge sich dynamisch verschiebender Wohlstandsgrenzen, mehrstufiger Wohlstandsgefälle, anhaltender Migrationsprozesse, fortschreitender gesellschaftsinterner, regionaler und altersgruppenspezifischer Differenzierungen der Soziallagen, voraussichtlich weiter auseinanderbrechender nationalstaatlicher Verteilungskonkationen in Westeuropa und abnehmender politischer Steuerungsmöglichkeiten der Verteilungsprozesse, eher zu einer Fragmentierung, Dezentralisierung, Spezifizierung und Partikularisierung der Verteilungskonflikte führen oder werden bereits neue Organisations- und Aggregationsformen gemeinsamer Interessen oder zumindest grobe Konturen gesellschaftsübergreifend anschlussfähiger Interessenlagen erkennbar? Dies ist eine heute sehr schwierig zu beantwortende Frage und gleichzeitig eine der wohl wichtigsten zukünftigen Forschungsaufgaben, die der Soziologie im Zusammenhang mit den europäischen Entwicklungen aufgegeben sind.³⁵

Die noch etwas stärker zugespitzten Fragen lauten: Wie weit sind jenseits der erkennbaren sozialstrukturellen Differenzierungen und Verwerfungen bereits Konturen einer zukünftigen ‚europäischen Gesellschaftsformierung‘ erkennbar oder vorhersehbar? Welche Mechanismen und Grundlinien neuer struktureller Differenzierungen und welche spezifischen Integrationsvorgänge³⁶ zeichnen sich hierbei ab? Diese Fragen berühren

³⁵ Siehe hierzu vor allem: Bach, Maurizio: *Die Europäisierung nationaler Gesellschaften? Problemstellungen und Perspektiven einer Soziologie der europäischen Integration*. In: Bach, Maurizio (Hrsg.): *Die Europäisierung nationaler Gesellschaften*. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Sonderheft 40, Opladen 2000, S. 11–25.

³⁶ Siehe auch: Münch, Richard: *Strukturwandel der Sozialintegration durch Europäisierung*. In: Bach, Maurizio (Hrsg.): *Die Europäisierung nationaler Gesellschaften*. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Sonderheft 40, Opladen 2000, S.

– mehr wohl als auf den ersten Blick erkennbar sein dürfte – zugleich grundlegende Aspekte kollektiver Identitätsvorstellungen und subjektiver Selbstzurechnungen und mithin Fragen der fortbestehenden oder schwindenden Relevanz bestimmter sozialer, ethnischer, religiöser, kultureller oder nationaler Selbstzurechnungseinheiten und schließlich auch die Frage der Möglichkeiten und Voraussetzungen der Herausbildung einer tragfähigen gemeinsamen europäischen Identität.

Bevor allerdings auf diese weitgespannte Problematik der Herausforderung und Umformung kollektiver Identitäten zumindest kurz einzugehen sein wird,³⁷ soll zunächst kurz auf eine der dynamischsten und folgenreichsten Erscheinungen in diesem Gesamtzusammenhang Bezug genommen werden: auf die vielfältigen Migrationsvorgänge in Europa.

Neue Migrationsprozesse im Zuge der EU-Osterweiterung

In Europa fanden schon immer mehr oder weniger massive Migrationsprozesse statt,³⁸ die in den letzten Jahren, vor allem nach dem Ende der kommunistischen Herrschaft in Osteuropa, aber an Vielfalt und Intensität deutlich zugenommen haben. Wenn man zum Beispiel erfährt, daß in Albanien nahezu jeder dritte (ehemalige) Einwohner über Migrationserfahrungen verfügt und daß kaum eine Familie existiert, die nicht von Migrationsvorgängen tangiert erscheint, oder wenn man hört, daß Bulgarien seit 1990 über eine Million seiner rund 9 Millionen Einwohner durch Migration verloren hat, oder daß die Zahl der im Ausland ihr Geld verdienenden Rumänien auf rund 2 Millionen bei einer Gesamtbevölkerung von rund 22 Millionen geschätzt wird, so wird das Ausmaß und die Tragweite dieser Migrationsvorgänge schlagartig deutlich.³⁹ Zu diesen

205–225, Sterbling, Anton: *Soziale Integration – soziologische Anmerkungen zu einem vielfach in der Schwebe gehaltenen Begriff*. In: Beetz, Stephan, Jacob, Uwe, Sterbling, Anton (Hrsg.): *Soziologie über die Grenzen – Europäische Perspektiven*. Hamburg 2003, S. 471–485.

³⁷ Siehe: Holenstein, Elmar: *Kulturphilosophische Perspektiven. Schulbeispiel Schweiz, Europäische Identität auf dem Prüfstand, Globale Verständigungsmöglichkeiten*. Frankfurt am Main 1998.

³⁸ Siehe auch: Sterbling, Anton: *Migration als Forschungsparadigma. Wanderungsbewegungen in und aus Südosteuropa*. In: Zach, Krista (Hrsg.): *Migrationsbewegungen im südöstlichen Europa*. München 2005.

³⁹ Siehe auch: Sterbling, Anton (Hrsg.): *Migrationsprozesse, Probleme von Abwanderungsregionen, Identitätsfragen*. Beiträge zur Osteuropaforschung. Hamburg 2005.

zeitweiligen oder dauerhaften, legalen wie illegalen Migrationsprozessen, die vielfach, aber keineswegs ausschließlich, als Ost-West-Wanderungen in Erscheinung treten, kommen noch vielfältige andere regionale oder binnengesellschaftliche Migrationsvorgänge hinzu. Diese umfangreichen und außerordentlich dynamischen Prozesse, die in absehbarer Zeit – nicht zuletzt im Zusammenhang mit der fortschreitenden EU-Erweiterung – wohl eher zu- als abnehmen werden, werfen viele Fragen auf, die ich an dieser Stelle lediglich kurz umreißen möchte, ohne sie ausführlicher diskutieren zu können.

Eine erste, zumeist in den Hintergrund gestellte und bisher jedenfalls unteranalytierte *Fragestellung* lautet: Welche Rückwirkungen haben einzelne Migrationsprozesse auf die Herkunftsgesellschaften, Herkunftsmilieus und Herkunftsregionen der Migranten? In diesem Zusammenhang müssten ›Pendlerwanderungen‹ aus den neuen EU-Staaten ebenso wie Abwanderungen aus verschiedenen ostmittel-, ost- und südosteuropäischen Gesellschaften oder einzelnen Regionen näher untersucht und im Hinblick auf die ambivalenten Rückwirkungen auf die Herkunftsgesellschaften, Herkunftsregionen und Herkunftsmilieus und hinsichtlich anderer Folgeprobleme eingehender analysiert werden.⁴⁰ Ohne den Ergebnissen solcher, vielfach noch anstehender Untersuchungen vorgreifen zu wollen, lässt sich doch allgemein festhalten, daß sich die angesprochenen Rückwirkungen und Folgeprobleme zumeist vielfältig – teils positiv, teils negativ – darstellen, daß sie nicht selten strukturell tiefgreifend und langfristig wirksam sind und daß sie sich daher nur schwer eindeutig bilanzieren lassen, wobei jede Bilanz natürlich auch aus der individuellen und aus der kollektiven Sicht anders ausfallen dürfte.

Als *zweite Fragestellung* drängt sich auf, in wie weit sich mit den gegenwärtigen Migrationsprozessen in Europa neue transnationale soziale Beziehungsmuster und soziale Netzwerke herausbilden? Migrationsprozesse führen einerseits zur sozialen ›Entbettung‹, zur Herauslösung der Migranten aus bisherigen sozialen Lebenszusammenhängen, aber andererseits auch zu neuen Assoziations- und Integrationsformen, zu anderen Ver-gesellschaftungsmustern.⁴¹ Heutige Möglichkeiten und Gegebenheiten der Kommu-

⁴⁰ Siehe dazu auch: Weber, Georg u.a.: *Emigration der Siebenbürger Sachsen. Studien zu Ost-West-Wanderungen im 20. Jahrhundert*. Wiesbaden 2003.

⁴¹ Siehe auch: Beetz, Stephan, Jacob, Ulf, Sterbling, Anton (Hrsg.): *Soziologie über die Grenzen – Europäische Perspektiven*. Hamburg 2003.

nikation und der Mobilität erlauben dabei sowohl die Aufrechterhaltung mehr oder weniger intensiver Beziehungen und Kontakte zu Angehörigen des Herkunftsmilieus, ebenso aber schaffen sie günstige Bedingungen zur Entstehung und Weiterentwicklung weiträumiger, transnationaler sozialen Netzwerke und neuer soziokultureller Sondermilieus. Diese Aspekte sind – soweit sie die Ost-West-Migration betreffen – zwar partiell, aber noch keineswegs systematisch erforscht worden. Daher erscheint eine gründlichere Analyse dieser Aspekte, gerade auf die Migration aus Ostmittel-, Ost- und Südosteuropa bezogen, ebenso dringlich wie aufschlussreich, um die komplexen Auswirkungen und Folgeprobleme der EU-Erweiterung richtig einschätzen zu können.

Als wichtige Fragen drängen sich in diesem Zusammenhang auf: Inwiefern ist die Art und Intensität der sozialen Beziehungen zum Herkunftsmilieu davon abhängig, ob es sich um ein ländlich-traditionales oder urbanes Herkunftsmilieu handelt? In welchem Maße hängt damit die gelegentlich zu beobachtende ›Eigendynamik‹ von Migrationsvorgängen zusammen?⁴² Welche Bedeutung hat die Zugehörigkeit zu einer ethnischen oder religiösen Minderheit in der Herkunftsgesellschaft in diesem Betrachtungszusammenhang? Welche Relevanz haben hierbei sozialdemographische Merkmale (Alter, Bildungsstand, Geschlecht) der Migranten? Welche Rolle spielt der Typ des Migrationsprozesses?⁴³

Eng mit diesen Fragen hing eine *dritte Fragestellung* zusammen, nämlich: Welche Auswirkungen haben diese Migrationsprozesse auf kollektive Identitätsvorstellungen? Migrationsprozesse stellen die Migranten selbst vor Fragen ihrer subjektiven Selbstzurechnung zu sozialen Bezugseinheiten (Staaten, Nationen, Minderheiten, Regionen usw.), führen in der Folge massiver und komplexer Wanderungsprozesse aber auch zu neuen Fragen der kollektiven Identität überhaupt. Solche Identitätsfragen gewinnen vor dem Hintergrund einer fortschreitenden europäischen Integration, einer

⁴² Siehe: Sterbling, Anton: *Die Aussiedlung der Deutschen aus Rumänien: Motive, Randbedingungen und Eigendynamik eines Migrationsprozesses*. In: Münz, Rainer, Korte, Hermann, Wagner Gert (Hrsg.): *Internationale Wanderungen. 28. Arbeitstagung der Deutschen Gesellschaft für Bevölkerungswissenschaft 16.-18.2.1994 in Bochum*. Berlin 1994, S. 66–74.

⁴³ Siehe: Sterbling, Anton: *Bewegte Geschichte und Bevölkerungsbewegungen in Südosteuropa – allgemeine und exemplarische Anmerkungen*. In: *Revue des Etudes Sud-Est Européennes*, XLI. Jg., Nr. 1-4, Bukarest 2003, S. 75–84.

›Europäisierung nationaler Gesellschaften‹, aber auch einer deutlichen Persistenz herkömmlicher Identitätsbindungen in ostmittel-, ost- und südosteuropäischen Gesellschaften,⁴⁴ eine besondere Aktualität und Relevanz. Damit verbinden sich Fragen nach der Ausbildung multipler Identitäten, nach dem Spannungsverhältnis zwischen verschiedenen Selbstzu-rechnungsmöglichkeiten und Identitätsangeboten, nach der kulturellen und bildungspolitischen Verarbeitung solcher Identitätsherausforderungen usw.

Schließlich muss als *vierte Fragestellung* aufgeworfen werden: Wird das neue Europa ein Europa der Abwanderungsregionen? Dies ist gerade in der Oberlausitz wie in vielen anderen Regionen Ostdeutschlands natürlich eine höchst aktuelle Frage, die nicht nur zu vergleichenden Problemanalysen drängt, sondern auch zum Nachdenken über Lösungsansätze und Strategien zur Abmilderung der Auswirkungen und zur Verarbeitung der Folgen massiver Abwanderungen aus einer Region.⁴⁵

Die EU-Osterweiterung und Fragen kollektiver Identität

Die Frage kollektiver Identitäten ist angesichts der Entwicklungen in Europa aber noch unter einem anderen Gesichtspunkt aktuell und wichtig, zumal nach dem Ende der kommunistischen Herrschaft – genauer betrachtet eigentlich bereits davor – in Südosteuropa wie in ganz Osteuropa ein ›Wiedererwachen der Nationalismen‹ in Erscheinung trat,⁴⁶ das im ehemaligen Jugoslawien zu Kriegen und militärischen Konflikten,⁴⁷ aber auch

⁴⁴ Siehe auch: Balla, Bálint, Sterbling, Anton (Hrsg.): *Ethnicity, Nation, Culture. Central and East European Perspectives*, Beiträge zur Osteuropaforschung 2, Hamburg 1998, Giordano, Christian, Dougoud, Roberta Colombo, Kappus, Elke-Nicole (Hrsg.): *Interkulturelle Kommunikation im Nationalstaat*. Münster u.a. 1998.

⁴⁵ Siehe: Sterbling, Anton: *Überlegungen zur EU-Erweiterung. Konsequenzen und Aussichten für die Region*. In: Sterbling, Anton (Hrsg.): *Am Scheideweg? Beiträge zur Weiterentwicklung der Polizeiausbildung und zu Präventionsanliegen*. Rothenburger Beiträge. Schriftenreihe der Fachhochschule für Polizei Sachsen, Bd. 18, Rothenburg/Oberlausitz 2004, S. 181–192.

⁴⁶ Siehe auch: Rupnik, Jacques: *Eisschrank oder Fegefeuer. Das Ende des Kommunismus und das Wiedererwachen der Nationalismen*. In: Transit. Europäische Revue, Heft 1, Frankfurt am Main 1990, S. 132–141, Sterbling, Anton: *Überlegungen zum ›Wiedererwachen der Geschichte‹*. In: *Südosteuropa. Zeitschrift für Gegenwartforschung*, 42. Jg., München 1993, S. 219–243.

⁴⁷ Siehe dazu: Rüb, Matthias: *Balkan Transit. Das Erbe Jugoslawiens*. Wien 1998, Hal-

andernorts zu gewaltsamen interethnischen Auseinandersetzungen geführt hat. Diese nationalistischen Tendenzen sind kein Zufall, sondern finden im Verlauf der Geschichte und der schwierigen Modernisierungsprozesse in Ost- und Südosteuropa eine durchaus plausible Erklärung. Ich möchte mich unter diesem Gesichtspunkt zunächst nur Südosteuropa zuwenden.

Die Nationalstaatenbildung in Südosteuropa ist Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts – also vergleichsweise spät – erfolgt und war in den zustande gekommenen Grenzen und staatlichen Einheiten zugleich tief umstritten.⁴⁸ Diese Prozesse der Staaten- und Nationenbildung waren das Ergebnis entsprechender Bestrebungen kleiner, national orientierter Eliten und nicht zuletzt von Intellektuellen,⁴⁹ die sich als Schöpfer national-kultureller Werte- und Wissensbestände hervortaten und die die bäuerlichen Massen vor allem durch die »Bodenfrage«⁵⁰ zu mobilisieren und in die nationalen Befreiungsbestrebungen einzubinden suchten.

Nach der erlangten staatlichen Unabhängigkeit bleiben diese Eliten und die ihnen verbundenen sozialen Gruppen zumeist politisch und kulturell tonangebend. Sie wurden zu maßgeblichen Konstrukteuren der neuen nationalstaatlichen Institutionen und prägten gleichsam auch die geistigen und kulturellen Entwicklungen, so daß sich der Nationalismus als »Integrationsideologie« – trotz verschiedener System- und Regimewechsel – weitgehend tradierte. Dies zumal die Modernisierungsprobleme, die den Nationalismus hervorbrachten, nämlich: vorenthaltene, gefährdete oder umstrittene Eigenstaatlichkeit, wirtschaftliche und soziale Rückständig-

pern, Joel M., Kideckel, David A. (Hrsg.): *Neighbors at War. Anthropological Perspectives on Yugoslav Ethnicity, Culture, and History*. Pennsylvania 2000.

⁴⁸ Siehe dazu ausführlicher: Hösch, Edgar: *Geschichte der Balkanländer. Von der Frühzeit bis zur Gegenwart*, München 1993, Sterbling, Anton: *Historische Aspekte der Staaten- und Nationenbildung in Südosteuropa*. In: Sterbling, Anton: *Kontinuität und Wandel in Rumänien und Südosteuropa. Historisch-soziologische Analysen*. München 1997, S. 99–114.

⁴⁹ Siehe auch: Seton-Watson, Hugh: »*Intelligentsia*« und Nationalismus in Osteuropa 1948–1918. In: *Historische Zeitschrift*, Band 195, München 1962, S. 331–345, Siupiur, Elena: *Les intellectuels roumains du XIX siècle et la réorganisation de la classe politique et du système institutionnel*. In: Académie roumaine (Hrsg.): *Revue roumaine d'histoire*, Nr. 1-2, Bukarest 1995, S. 75–95.

⁵⁰ Siehe: Sterbling, Anton: *A qui appartient la terre transylvaine?* In: *Paysans au-delà du mur*. *Etudes rurales*, Nr. 138-140, Paris 1995, S. 87-101.

keit, aber auch Demokratisierungsdefizite, Minderheitenprobleme sowie ein ambivalentes Verhältnis äußeren, nicht zuletzt westlichen Kultureinflüssen gegenüber, eigentlich fortbestanden und bis heute, in abgewandelter Form, fortbestehen.

Selbst die Zeit der kommunistischen Herrschaft hat den Nationalismus in Südosteuropa allenfalls eingefroren und konserviert, keineswegs aber abgebaut oder gar in seinen Ursachen zum Verschwinden gebracht.⁵¹ Ganz im Gegenteil, als die egalitäre Komponente der kommunistischen Ideologie immer weniger zur Legitimation der Herrschaft ausreichte, wurde um so deutlicher, von Enver Hoxha wie von Nicolae Ceaușescu, von Todor Živkov wie von Slobodan Milošević, die nationalistische Komponente betont. Nationalistisch gesinnte Intellektuelle waren nicht selten willige Handlanger dieses Geschäfts,⁵² kulturelle Institutionen wie Schulen, Museen, Theater und Massenmedien wichtige Diffusionsinstanzen mit nachhaltigem Einfluss.

Mit dem Niedergang der kommunistischen Herrschaft kam dann als ›Wiedererwachen‹ des Nationalismus lediglich unverblümter zum Vorschein, was sich ohnehin tradierte und in der Bevölkerung mithin weite Verbreitung und Resonanz gefunden hat. Insofern erstaunt es keineswegs, daß der Nationalismus bzw. die Ausrichtungen verschiedener Parteien an diesem in den einsetzenden Demokratisierungsprozessen eine wesentliche Rolle spielte und diesen Prozess zugleich stark belastete und weiterhin belastet.⁵³ Und daher trifft auch die Feststellung weiterhin zu: „Wenn eine Frage tatsächlich die Sphäre osteuropäischer Politik dominierte und nach wie vor beherrscht, so ist dies die Frage des Nationalstaats.“⁵⁴

Was kann nun aber die EU-Osterweiterung in diesem Zusammenhang

⁵¹ Siehe: Sterbling, Anton: *Unterdrückung, Ideologie und der untergründige Fortbestand der Mythen*. In: Dahmann, Dittmar, Potthoff, Wilfried (Hrsg.): *Mythen, Symbole und Rituale. Die Geschichtsmächtigkeit der Zeichen in Südosteuropa im 19. und 20. Jahrhundert*. Frankfurt am Main 2000, S. 275–293.

⁵² Siehe: Sterbling, Anton: *Von den Schwierigkeiten des Denkens ohne Verbot. Die Rolle des Intellektuellen, der intellektuelle Aufbruch und die nahezu unvermeidbaren geistigen Konfusionen in Osteuropa*. In: *Neue Literatur. Zeitschrift für Querverbindungen*, Heft 4 (Neue Folge), Bukarest 1993, S. 55–71.

⁵³ Siehe: Sterbling, Anton: *Elitenwandel in Südosteuropa. Rolle, Kontinuitäten, Brüche*. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 10-11, Bonn 2003, S. 10–17.

⁵⁴ Siehe: Wagner, Richard: *In der Falle des Nationalstaates*. In: Wagner, Richard: *Völker ohne Signale. Zum Epochenbruch in Osteuropa*. Berlin 1992, S. 59–68, vgl. S. 59.

bewirken? Und welche eventuellen Rückwirkungen sind hierbei zu erwarten? Wenn Gernot Erler bereits vor einigen Jahren befand: »Wer diese 10 Jahre der Opfer bei Regierenden und Regierten in den Beitrittsstaaten jetzt nicht mit einer verlässlichen Implementierung der Erweiterungsprozesse abschließt, diskreditiert die neue, Europa zugewandte Elite in den Kandidatenstaaten, frustriert die dortige Bevölkerung, die geduldig jahrelang Entbehrungen trug und spielt das Spiel der politischen Hasardeure, die auch in den Beitrittsländern auf ihre Chance warten.«⁵⁵ So zielt er auf das wichtige Anliegen der EU-Osterweiterung, gerade auch in Südosteuropa den nach wie vor gefährlichen Einfluss der auf der nationalistischen Klaviatur spielenden »politischen Hasardeure« zu begrenzen oder zu unterbinden. Dies ist aus der Sicht der EU ein wichtiges und richtiges Anliegen, bleibt allerdings auch mit zwei erheblichen Risiken verbunden.

Erstens: die Beitrittsaussichten in die EU allein sind vor, aber nicht mehr nach dem Beitritt ausschlaggebend. Werden die mit dem EU-Beitritt verbundenen Wohlstandserwartungen breiter Bevölkerungsgruppen nämlich mittelfristig oder auf Dauer enttäuscht, so könnte es nationalistischen Politikern und Demagogen auch später durchaus gelingen, Grundstimmungen in der Bevölkerung in ihrem Sinne zu mobilisieren.

Zweitens würde dies bedeuten, daß Auseinandersetzungen mit nationalistischen oder separatistischen Strömungen, die es auch heute schon in der EU gibt, die gegenwärtig aber keine allzu große Rolle spielen, an Relevanz und Intensität zunehmen könnten und daß stärkere, gleichsam nationalistisch aufgeladene Spannungen zwischen europäischen, nationalen und regionalen Identitätsvorstellungen und subjektiven Zurechnungsmöglichkeiten verstärkt auftreten und nachdrücklicher politisiert werden könnten.

EU-Erweiterung und subjektive Sicherheit

Da seit dem 1. Mai 2004 zehn weitere Länder der Europäischen Union angehören, unter denen sich zwei unmittelbare Nachbarländer der Freistaates Sachsen, nämlich Polen und die Tschechische Republik, befinden, stellt sich nicht nur die Frage, welche Herausforderungen und Chancen

⁵⁵ Siehe: Erler, Gernot: *Osterweiterung: Stolpersteine auf Europas Weg in die Zukunft*. In: *Südosteuropa-Mitteilungen*, 40. Jg., München 2000, S. 99–103, vgl. S. 102.

sich mit dem fortschreitenden EU-Erweiterungsprozess verbinden, sondern auch, welche Auswirkungen dieser Vorgang auf die innere Sicherheit in der Bundesrepublik Deutschland und insbesondere in den östlichen Bundesländern, die an die neuen EU-Mitgliedsländer angrenzen, sowie in den unmittelbaren Grenzregionen hat.⁵⁶

Da Görlitz nicht nur Grenzstadt zu Polen, sondern seit dem Zweiten Weltkrieg auch eine geteilte Stadt mit einem deutschen und polnischen Stadtteil ist,⁵⁷ und auch von der tschechischen Grenze nicht allzu weit entfernt liegt, warf sich bei einer von uns im Spätherbst 2004 durchgeführten Untersuchung⁵⁸ natürlich auch die Frage auf, wie die EU-Erweiterung allgemein von den Görlitzer Bürger beurteilt wird und wie diese die neue Sicherheitslage einschätzen. Zunächst soll die Meinung der befragten Bürger zur EU-Erweiterung allgemein näher betrachtet werden (Tab. 1).

| sehr positiv | eher positiv | teils/ teils | eher negativ | sehr negativ | k.A. |
|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|-------|
| 91 | 208 | 419 | 116 | 51 | 5 |
| 10,2 % | 23,4 % | 47,1 % | 13 % | 5,7 % | 0,6 % |

Tab. 1: Beurteilung der EU-Erweiterung durch die Görlitzer Bürger

⁵⁶ Siehe auch: Sterbling, Anton: *Sicherheitsaspekte der Osterweiterung*. In: *Die Polizei. Fachzeitschrift für öffentliche Sicherheit mit Beiträgen aus der Polizei-Führungsakademie*, 92. Jg., Köln 2001, S. 341–344, Sterbling, Anton: *Institutionen, Sozialstrukturen und Identitäten im Wandel. Mögliche Auswirkungen der EU-Osterweiterung auf Institutionen und Identitäten in Südosteuropa*. In: Sterbling, Anton: *Soziologische Wortmeldungen. Zu Migration und Integration, Ost- und Südosteuropa, Gewalt an Schulen und Polizeiwissenschaften*, Rothenburger Beiträge. Schriftenreihe der Fachhochschule für Polizei Sachsen, Bd. 16, Rothenburg/Oberlausitz 2003, S. 113–134, Sterbling, Anton: *Südosteuropa und die EU-Erweiterung. Aussichten, Probleme, Rückwirkungen aus soziologischer Sicht*. In: *Südosteuropa-Mitteilungen*, 44. Jg., Heft 5, München 2004, S. 46–60, Wagner, Gerhard: *Projekt Europa. Die Konstruktion europäischer Identität zwischen Nationalismus und Weltgesellschaft*. Berlin, Hamburg 2005

⁵⁷ Siehe: Sterbling, Anton: *Görlitz/Zgorzelec – Identitätsbezüge und Identitätsbrüche (in einer europäischen Stadt)*. In: Vogt, Matthias Theodor, Sokol, Jan, Tomiczek, Eugeniusz (Hrsg.): *Kulturen in Begegnung. Bericht über das Collegium PONTES Görlitz-Zgorzelec-Zhorelec 2003*, Wrocław-Görlitz 2005, S. 123–144.

⁵⁸ Siehe ausführlicher: Sterbling, Anton, Burgheim, Joachim: *Sicherheit und Lebensqualität in Görlitz. Ergebnisse empirischer Untersuchungen. Kultur-, bildungs- und sozialwissenschaftliche Schriften der Fachhochschule für Polizei Sachsen*, Bd. 2, Rothenburg/Oberlausitz 2005.

Die EU-Erweiterung wird von 10 % der Befragten ›sehr positiv‹ und von weiteren 23 % ›eher positiv‹ beurteilt. Fast die Hälfte der Befragten (47,1 %) lassen indes eine ambivalente Haltung erkennen, indem sie mit ›teils/teils‹ antworteten. ›Eher negativ‹ beurteilen 13 % die EU-Erweiterung, und 5,7 % äußerten dazu eine sehr negative Meinung. Also von gut einem Drittel (33,5 %) der Befragten erfolgt eine vorwiegend positive, von knapp einem Fünftel (18,7 %) eine vorwiegend negative Einschätzung, während der größte Teil (47,1 %) der Befragten eine ambivalente Meinung bekundet.

Eine nähere Analyse zeigt, daß alle wichtigen soziodemographischen Merkmale einen hoch signifikanten Zusammenhang mit der Einschätzung der EU-Erweiterung erkennen lassen.⁵⁹ Im Hinblick auf das Alter ($p = 0,000 < 0,01$, h.s.) ist festzustellen, daß sich bei der jüngsten Altersgruppe der 14 bis 19-jährigen eine deutlich Zurückhaltung bei der positiven Bewertung abzeichnet. Hier sind es nur knapp 20 %, im Vergleich zu 33,5 % bei allen, die die EU-Erweiterung vorwiegend positiv beurteilen, aber 62,5 %, die mit ›teils/teils‹ antworteten. Mit einem Anteil von 47 %, die die EU-Erweiterung vorwiegend positiv einschätzen, hebt sich die Altersgruppe der 25 bis 29-jährigen heraus und ebenso mit 42 % die Altersgruppe der über 65-jährigen. Auch die Altersgruppe der 60 bis 64-jährigen neigt stärker zu einer positiven Einschätzung. Überdurchschnittlich negativ schätzen die mittleren Altersgruppen, insbesondere die 45 bis 49-jährigen sowie die 50 bis 54-jährigen, aber auch die 40 bis 44-jährigen, die EU-Erweiterung ein. Nach den Motiven dieser altersgruppenspezifischen Differenzen müsste eingehender geforscht werden, insbesondere, ob diese mehr in der politischen Sozialisation der entsprechenden Alterkohorten oder mehr in der Rationalisierung ihrer gegenwärtigen Lebenssituation bzw. in Befürchtungen um die eigene wirtschaftliche Lage und Arbeitsplatzsituation begründet sind.

Zumindest auf den ersten Blick erstaunlich erscheint der hoch signifikante Zusammenhang zwischen dem Geschlecht der Befragten und ihrer

⁵⁹ Als Signifikanztest verwendeten wir bei den ordinalskalierten Daten zumeist den Chi-Quadrat-Test. Von einem hoch signifikanten Zusammenhang (h.s.) sprechen wir konventionell, wenn eine Signifikanz auf dem 0,01-Niveau gegeben ist ($p < 0,01$), von einem schwach signifikanten Zusammenhang (s.s.) gehen wir aus, wenn $0,05 < p < 0,01$, also eine Signifikanz auf dem 0,05-Niveau gegeben ist. Ansonsten, bei $p > 0,05$ betrachten wir die getesteten Zusammenhänge als nicht signifikant (n.s.).

Einschätzung der EU-Erweiterung ($p = 0,000 < 0,01$, h.s.). ›Sehr positiv‹ beurteilen 14,3 % der Männer, aber nur 6,7 % der Frauen diesen Vorgang, ›eher positiv‹ 25,2 % der Männer und 22 % der Frauen. Mit ›teils/teils‹ antworteten 41,4 % der Männer und 52,6 % der Frauen, während die Anteile bei denjenigen, die die EU-Erweiterung ›eher negativ‹ (jeweils 13 %) oder ›sehr negativ‹ (6 % bzw. 5,3 %) beurteilen, weitgehend übereinstimmen. Der geschlechtsspezifische Effekt ist also vor allem auf eine stärkere Zurückhaltung der Frauen bei den positiven Einschätzungen und einer ausgeprägteren Tendenz zur ambivalenten Beurteilung zurückzuführen.

Auch im Hinblick auf die Ausbildungsabschlüsse ist ein hoch signifikanter Zusammenhang gegeben ($p = 0,000 < 0,01$, h.s.). Von den Befragten mit Hochschul- oder Fachhochschulabschluss bewerten 53 % die EU-Erweiterung vorwiegend positiv und nur 10 % vorwiegend negativ, bei den noch in der Ausbildung Befindlichen, äußern 32 % eine vorwiegend positive und 14 % eine vorwiegend negative Meinung, bei den Befragten mit beruflichem oder fachlichem Abschluss schätzen 28 % die EU-Erweiterung vorwiegend positiv und 22 % vorwiegend negativ ein, während bei den Befragten ohne Ausbildungsabschluss nur 23 % zu einer vorwiegend positiven, aber 28 % zu einer vorwiegend negativen Einschätzung kommen.

Zwischen dem Beschäftigungsstatus und der Beurteilung der EU-Erweiterung besteht ebenfalls ein enger Zusammenhang ($p = 0,000 < 0,01$, h.s.). Die Rentner neigen zu 39 % zu einer vorwiegend positiven und nur zu 12 % zu einer vorwiegend negativen Beurteilung der EU-Erweiterung, wobei bei ihnen ein deutlicher Interaktions-effekt mit dem Alter vorliegt, die Vollbeschäftigten äußern sich zu 33 % vorwiegend positiv und zu 23 % vorwiegend negativ, die Teilzeitbeschäftigten zu 31 % vorwiegend positiv und zu 24 % vorwiegend negativ, die Arbeitslosen indes nur zu 25 % vorwiegend positiv und zu 29 % vorwiegend negativ. Bei den noch in der Ausbildung Befindlichen schätzen 40 % die EU-Erweiterung vorwiegend positiv und nur 11 % vorwiegend negativ ein.

Zusammenfassend kann man feststellen, daß insbesondere Arbeitslose und Befragte mit niedrigeren Ausbildungsabschlüssen den EU-Erweiterungsprozess deutlich negativer einschätzen, während Personen mit höheren Bildungsabschlüssen und Rentner und mithin auch ältere Geburtskohorten zu einer überdurchschnittlich positiven Bewertung neigen.

Wie wird nun aber die Sicherheitslage in Görlitz vor diesem Hintergrund beurteilt?

| keine Veränderung | erheblich verbessert | eher verbessert | eher verschlechtert | erheblich verschlechtert | k. A. |
|-------------------|----------------------|-----------------|---------------------|--------------------------|-------|
| 569 | 8 | 44 | 224 | 39 | 6 |
| 63,9 % | 0,9 % | 4,9 % | 25,2 % | 4,4 % | 0,7 % |

Tab. 2: Beurteilung der Sicherheitslage nach der EU-Erweiterung durch die Görlitzer Bürger

Zunächst lässt sich feststellen, daß fast zwei Drittel, nämlich 64 %, der Befragten meinen, daß nach der EU-Erweiterung keine nennenswerte Änderung der Sicherheitslage eingetreten sei. Dies ist wohl eine realistische Wahrnehmung, zumal auch die vorliegenden kriminalstatistischen Daten keine auffälligen Ausschläge der ›objektiven‹ Kriminalitätsbelastung erkennen lassen. 1 % der Befragten meint, daß sich die Sicherheitslage nach der EU-Erweiterung ›erheblich‹ und 5 %, daß sie sich ›eher‹ verbessert hätte, während 25 % der Ansicht sind, daß sie sich ›eher verschlechtert‹ und weitere 4,4 %, daß sie sich ›erheblich verschlechtert‹ hätte. Es dominiert zwar die Vorstellung, daß keine nennenswerten Veränderungen erfolgt seien, wenn solche aber konstatiert werden, herrscht doch stärker der Eindruck einer Verschlechterung als der einer Verbesserung der Sicherheitslage in Folge der EU-Erweiterung vor.

Von den soziodemographischen Variablen lassen weder das Alter ($p = 0,942 > 0,05$, n.s.), noch das Geschlecht ($p = 0,888 > 0,05$, n.s.) einen engeren Zusammenhang mit der Bewertung der Sicherheitslage nach der EU-Erweiterung erkennen. Im Hinblick auf den Ausbildungsabschluss ($p = 0,000 < 0,01$, h.s.) und den Beschäftigungsstatus ($p = 0,000 < 0,01$, h.s.) ist ein solcher Zusammenhang allerdings deutlich feststellbar. Befragte mit einem niedrigeren Ausbildungsabschluss, d.h. ohne Ausbildungsabschluss (33 %) oder mit beruflichem oder fachlichem Abschluss (ebenfalls 33 %), neigen stärker dazu als Befragte mit Hochschul- oder Fachhochschulabschluss (23 %) oder als noch in der Ausbildung befindliche Befragte (21 %), eine Verschlechterung der Sicherheitslage nach der EU-Erweiterung auszumachen. Ebenso tendieren Vollzeitbeschäftigte (36 %) und Arbeitslose (33 %) stärker als Rentner (25 %) oder noch in der Ausbildung befindliche Personen (21 %) zu einer solchen Einschätzung.

Wenn schließlich auch ein hoch signifikanter Zusammenhang ($p = 0,000 < 0,01$, h.s.) zwischen der allgemeinen Einschätzung der EU-Erweiterung und der Beurteilung der danach gegebenen Sicherheitslage festgestellt werden kann, so belegt dies erneut die These, daß sich in der subjektiven Sicherheitsbewertung oft mehr als nur konkrete Sicherheitswahrnehmungen äußern, daß darin häufig auch diffuse Verunsicherungen oder aber stabilere Grundeinstellungen zum Ausdruck kommen.⁶⁰ Dafür spricht jedenfalls die durchschlagende differenzierende Wirkung der Ausbildungsabschlüsse und des Erwerbsstatus auf die subjektive Einschätzung der EU-Erweiterung und ihrer sicherheitsrelevanten Auswirkungen.

Auswirkungen auf die Polizeiarbeit

Was bedeutet all dies für die Polizeiarbeit in Deutschland und insbesondere im Freistaat Sachsen? Mit den gegenwärtigen und zukünftigen europäischen und globalen Entwicklungen ergeben sich natürlich auch neue Herausforderungen und Aufgabenschwerpunkte in der Polizeitätigkeit. Bereits seit Anfang der 1990er Jahre, nach der demokratischen Wende im östlichen Teil Europas und den Grenzöffnungen, zeichneten sich neue Formen der grenzüberschreitenden und der organisierten Kriminalität ab, die von Schleusung, illegaler Einwanderung, illegaler Beschäftigung, Prostitution und Menschenhandel, über Drogenkriminalität bis zu Schmuggel, organisiertem Autodiebstahl und Autoverschiebungen, Bandendiebstahl, Fälschungsdelikten usw. reichten. Auch die globalen Entwicklungen brachten, insbesondere mit der Erstarkung eines islamischen Fundamentalismus und Terrorismus,⁶¹ dessen Netzwerke und Unterstützungspoten-

⁶⁰ Siehe: Kury, Helmut, Lichtblau, Andrea, Neumaier, André: *Was messen wir, wenn wir Kriminalitätsfurcht messen?* In: *Kriminalistik. Unabhängige Zeitschrift für die kriminalistische Wissenschaft und Praxis*, 58. Jg., Heft 7, Heidelberg 2004, S. 457–465.

⁶¹ Siehe auch: Tibi, Bassam: *Die neue Weltunordnung. Westliche Dominanz und islamischer Fundamentalismus*. Stuttgart 2001, Oesterdiekhoff, Georg W.: *Chancen und Risiken internationaler Zusammenarbeit angesichts der Herausforderungen des islamischen Fundamentalismus*. In: Hillmann, Karl-Heinz, Oesterdiekhoff, Georg W. (Hrsg.): *Die Verbesserung des menschlichen Zusammenlebens. Eine Herausforderung für die Soziologie*, Opladen 2003, S. 163–189, Sterbling, Anton, Burgheim, Joachim: *Subjektive Wahrnehmung der Gefahren des internationalen Terrorismus – empirische Teilergebnisse einer Bürgerbefragung*. In: *Die Polizei. Fachzeitschrift für öffentliche Sicherheit mit Beiträgen aus der Polizei-Führungsakademie*, 94. Jg., Köln 2003, S. 181–185.

ziale in Westeuropa und in die Bundesrepublik Deutschland offenbar fest verankert sind, neue Gefahren und Herausforderungen für die Polizeiarbeit. Ebenso ermöglicht der technologische Fortschritt zum Beispiel neue, globale Formen der Wirtschafts- und Computerkriminalität.

Mit den neuen Problemen und Aufgabenstellungen der Polizei gehen – insbesondere in einem auf dem Wege der EU-Erweiterung und Integration fortschreitenden Europa – natürlich auch neue Möglichkeiten der internationalen und supranationalen Zusammenarbeit einher, die von der gemeinsamen Verbrechensbekämpfung und dem regelmäßigen Informationsaustausch, über die Entwicklung gemeinsamer Strategien und logistischer Strukturen, bis hin zur Kooperation im Bereich der Aus- und Fortbildung oder im Bereich der Polizeiforschung reichen.⁶²

Der Freistaat Sachsen spielt auf dem Gebiet der internationalen Zusammenarbeit der Polizei, insbesondere mit ostmittel-, ost- und südosteuropäischen Ländern und nicht zuletzt mit den unmittelbaren Nachbarstaaten Polen und der Tschechischen Republik, in verschiedenen Hinsichten eine bemerkenswerte Rolle. Dies gilt auch und nicht zuletzt für die Zusammenarbeit zwischen den Bildungseinrichtungen der Polizei, der eine erhebliche, mitunter auch weichenstellende Bedeutung zukommt. Gestatten Sie mir daher noch eine kurze Anmerkung zur Ausbildung der sächsischen Polizei, wie sie an der Hochschule der Sächsischen Polizei in Rothenburg/Oberlausitz erfolgt.⁶³

Unsere Bemühungen gehen dahin, der angesprochenen Internationalisierung der Polizeiarbeit wie auch der wachsenden Bedeutung, die die Präventionsarbeit im Hinblick auf die subjektive Sicherheit der Bürger hat, in der Ausbildung der Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten inhaltlich

⁶² Siehe dazu auch: Sterbling, Anton: *Überlegungen zum Anforderungsprofil und den Qualifikationsvoraussetzungen der Polizei unter besonderer Berücksichtigung des Aspekts der sozialen Kompetenz*. In: Vysokoskolske vzdelavani policistu pro 21. století. (Hochschulausbildung der Polizeibeamten für das 21. Jahrhundert), Prag 1999 (tschechisch/deutsch), S. 43–61, Sterbling, Anton: *Der Aufbruch Europas ins 21. Jahrhundert und die Anliegen der Politischen Bildung*. In: Thewes, Wilfried, Sterbling, Anton, Burgheim, Joachim (Hrsg.): *Der Aufbruch Europas ins 21. Jahrhundert und die Hochschulausbildung der Polizei*, Rothenburger Beiträge. Schriftenreihe der Fachhochschule für Polizei Sachsen, Bd. 7, Rothenburg/Oberlausitz 2000, S. 151–159.

⁶³ Siehe auch: Sterbling, Anton: *Autonomie der Hochschule – Überlegungen zum Studium an einer Bedarfshochschule*. Rothenburger Beiträge. Schriftenreihe der Fachhochschule für Polizei Sachsen, Bd. 8, Rothenburg/Oberlausitz 2000.

angemessen und in hinreichendem Umfang Rechnung zu tragen. Dabei haben wir insbesondere die Schaffung solider Wissensgrundlagen und Fähigkeiten zur internationalen Zusammenarbeit wie auch die Weiterentwicklung der sozialen und der interkulturellen Kompetenz im Auge.⁶⁴ Nach wie vor gilt:

Eine vorzüglich ausgebildete und auf die Zukunftsherausforderungen gut eingestellte Polizei, die in der Lage ist, die von den Bürgern erwartete Sicherheit auch unter sich rasch veränderten Verhältnissen zu gewährleisten, kann durch ihre Verlässlichkeit und Berechenbarkeit schaffende Arbeit, über das unmittelbare Zuständigkeitsgebiet der inneren Sicherheit hinaus, wohl erheblich zur besseren Akzeptanz gesellschaftlicher Veränderungen und internationaler Entwicklungen – und nicht zuletzt zur Akzeptanz fortschreitender europäischer Integrationsvorgänge – beitragen. Gerade weil die internationalen Entwicklungen, seien es die europäischen Integrationsprozesse, seien es die Globalisierungsvorgänge, in die diese eingebunden sind, von der Bevölkerung zum Teil ambivalent betrachtet werden, ist die stabilisierende und Vertrauen schaffende Funktion des polizeilichen Tätigkeit besonders wichtig.⁶⁵

Gleichzeitig muss natürlich mit Augenmaß und Realismus in Rechnung gestellt werden, daß die Polizei keineswegs alle Probleme innerhalb und jenseits ihrer Kernzuständigkeit lösen oder gar unverzüglich lösen kann. Insofern darf die Polizeiarbeit und die Ausbildung der Polizei auch nicht mit illusorischen Forderungen und Erwartungen⁶⁶ überfrachtet und überfordert werden. Auf dem Wege einer qualitativ hochwertigen Polizeiausbildung ist aber sicherlich viel zu erreichen. Daher ist es nicht nur eine Nebensache, sondern sollte es ein zentrales Anliegen darstellen, entsprechende Rahmenbedingungen für eine zeitgemäße, auf hohem wissenschaftlichen und fachlichen Niveau erfolgende Ausbildung und Weiterbildung der Polizei zu schaffen. Jede institutionelle Weichenstellung, die in eine andere Richtung führt, wäre angesichts der großen Herausforderungen, denen die

⁶⁴ Siehe auch: Thewes, Wilfried, Burgheim, Joachim, Sterbling, Anton (Hrsg.): *Soziale Kompetenz als Schlüsselqualifikation des modernen Polizeiberufes. Fragen der Ausbildung und des Hochschulstudiums*. Rothenburger Beiträge. Schriftenreihe der Fachhochschule für Polizei Sachsen, Rothenburg/Oberlausitz 2001.

⁶⁵ Siehe dazu: Sterbling, Anton: *Europäische Entwicklungen und die Ausbildung der Polizei*. In: Sterbling, Anton: *Kultur in Grenzräumen und andere Aufsätze, Beiträge aus dem Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Fachhochschule für Polizei Sachsen*. Rothenburg/Oberlausitz 2001, S. 35–56, vgl. S. 37.

⁶⁶ Siehe auch: Sterbling, Anton: *Gegen die Macht der Illusionen. Zu einem Europa im Wandel*. Hamburg 1994.

Polizeiarbeit gegenwärtig und zukünftig auch und gerade vor dem Hintergrund europäischer und globaler Entwicklungen begegnet, leichtfertig, kurzsichtig und mithin auch unverantwortlich.